

Bereichern sich Apotheken bei der Herstellung von Krebsmedikamenten? Trierer Apotheker wehrt sich

Bis zu 1000 Euro extra sollen Apotheker mit der Herstellung von Krebsmedikamenten verdienen. Das wird in einem Fernsehbeitrag behauptet. Der Trierer Apotheker Michael Raber spricht von einer böswilligen Unterstellung.

VON BERND WIENTJES

TRIER Bereichern sich Apotheker, die Krebsmedikamente herstellen, bei der Abrechnung dieser Mittel auf dem Rücken der Versicherten? Dieser Vorwurf steht im Raum, seit Recherchen von NDR, WDR, Süddeutscher Zeitung und dem ARD-Magazin Monitor das angebliche Krebskartell aufgedeckt haben. Dazu wurden interne Preislisten von dem Rechercheverbund ausgewertet. Demnach könnten die Krankenkassen jedes Jahr bis zu 500 Millionen Euro zu viel für diese Zytostatika bezahlt haben. Mehr als 1000 Euro könnten Apotheker, die Krebsmedikamente herstellen, mit einer einzigen Infusion extra verdienen, heißt es in dem Monitor-Beitrag vom vergangenen Donnerstag. Grundlage dafür sei eine besondere Genehmigung für die Zubereitung von Chemotherapie- und Antikörper-Infusionen.

Nur ausgewählte Apotheken dürfen Krebsmedikamente herstellen Während bei über 90 Prozent aller Medikamente die Festpreisregelung gilt (die Krankenkassen erstatten dafür nur einen bestimmten Betrag), dürfen Zytostatika-Apotheker ihre Einkaufspreise für Krebsmedikamente zur Herstellung von Infusionen mit den Pharmaherstellern und Großhändlern frei verhandeln. Auch wenn dies nicht bei allen Krebsme-



Nur wenige Apotheken in Deutschland dürfen Krebsmedikamente herstellen.

SYMBOLFOTO:ISTOCK/
VENUSPHOTO

dikamenten der Fall sei, lägen die tatsächlichen Preise bei den Wirkstoffen, deren Patentschutz abgelaufen ist (sogenannte Generika), demnach häufig 30 oder 40 Prozent, teilweise auch über 80 Prozent, unter den Preisen, die die Krankenkassen erstatteten.

Als Beispiel in dem Beitrag wird eine Infusion mit dem Antikörper Bevacizumab, einem der derzeit am häufigsten verwendeten Wirkstoffe für an Krebs erkrankte Menschen,

genannt. Im vergangenen Jahr hätten die Kassen für eine Packung 1109 Euro an Apotheker gezahlt. Beim Großhandel konnten diese die Packung jedoch für 360 Euro einkaufen.

Nur rund 300 Apotheken in ganz Deutschland dürfen in speziellen Laboren, für die es strenge Vorgaben gibt, Krebsmedikamente herstellen. Einer davon ist die Apotheke von Michael Raber in Trier. Was sagt er zu den Vorwürfen, Zytostatika-Apo-

theker würden sich zu Unrecht bereichern?

Trierer Apotheker: Es hat sich kein Apotheker bereichert „Es hat sich kein Apotheker bereichert. Dies ist eine böswillige Unterstellung“, lauten die klaren Worte des Apothekers. Er ist auch im Vorstand des Verbandes der Zytostatika herstellenden Apothekerinnen und Apotheker (VZA). Alle Apotheken rechneten onkologische Zubereitungen für

gesetzlich Versicherte nach den mit dem Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenversicherung und dem Deutschen Apothekerverband vereinbarten Preisen ab. Dies geschehe in der Regel durch Abfrage der tatsächlich gezahlten Preise direkt beim Hersteller des Arzneimittels. „Damit verfügen die Gesetzlichen Krankenkassen über ein mächtiges Instrument, um direkten Einblick in die Einkaufspreise der Apotheken zu erhalten. Sie sind nicht auf An-

gebotslisten einzelner Großhändler angewiesen, die einzelne Apotheker den Kassen „zur Verfügung stellen“, erläutert Raber.

Laut den Recherchen erfragen die Krankenkassen die Preise lediglich bei den Herstellern. Doch die von den Pharmafirmen mitgeteilten Preise lägen offenbar deutlich über den tatsächlichen Einkaufsmöglichkeiten der Apotheker. So hätten im vergangenen September die Krankenkassen zwar die Erstattungspreise für einige Krebsmedikamente gesenkt. Doch immer noch könnten die Apotheker, die Zytostatika herstellen, hohe Gewinne erzielen. Als Beispiel wird eine Packung Pemetrexed, ein Mittel gegen Lungenkrebs, genannt. Dies könnten Apotheker für weniger als 200 Euro einkaufen und bei den Krankenkassen für 1200 Euro abrechnen.

Der Bundesverband der Krankenkasse AOK kritisiert das scharf: „Pro angefertigter Rezeptur kann die Apotheke offenbar zum Teil mehrere Hundert Euro extra abrechnen – zusätzlich zur eigentlichen Vergütung des Arbeitspreises, der bereits auskömmlich ist. So gehen die übersteuerten Beträge voll auf Kosten der Beitragszahlenden“, erklärt Sabine Richard, Geschäftsführerin Versorgung beim AOK-Bundesverband.

Raber wehrt sich gegen den Vorwurf, die Versorgung mit Zytostatika sei für die Apotheken eine Cash-Cow. Dass diese Medikamente erheblich zum Gewinn beitragen, stimme schon lange nicht mehr. „Trotz sinkender Abgabepreise sind immer höhere Investitionen in die Laborinfrastruktur notwendig.“ Deshalb gebe es immer weniger junge Apothekerinnen und Apotheker, die in die Herstellung dieser Medikamente einsteigen würden, sagt Raber. Durch solche „reißerischen Beiträge“ wie den von NDR, WDR, Süddeutscher Zeitung und Monitor werde diese Entwicklung noch verstärkt.

„Jetzt sind Spekulationen Tür und Tor geöffnet“

Derzeit vergeht kaum ein Tag ohne Nachrichten im Missbrauchsfall Dillinger. Längst ist die Aufklärung fast genauso skandalträchtig wie der Fall selbst.

VON ROLF SEYDEWITZ

TRIER Kann der vermutlich jahrzehntelange Missbrauch von Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch den Ende 2022 verstorbenen Trierer Bistumspriester Edmund Dillinger noch aufgeklärt werden? Nachdem die Saarbrücker Staatsanwaltschaft möglicherweise wichtige Unterlagen vernichten ließ, sind die Zweifel daran groß. Und die Kritik ebbt nicht ab. Am Montag meldete sich auch die Unabhängige Aufarbeitungskommission des Bistums zu Wort. Man sei „empört über die Vernichtung von Bildern, Terminkalendern und weiterem Beweismaterial im Fall Edmund Dillinger“, heißt es in einer vom Kommissionsvorsitzenden Professor Gerhard Robbers unterzeichneten Erklärung. Das Material wäre außerordentlich wichtig für die weitere Aufarbeitung des sexuellen Missbrauchs gewesen. Seine Vernichtung sei „ein schwerer Schlag gegen die so wichtige Aufarbeitung im Interesse der Betroffenen“. Nun seien Spekulationen Tür und Tor geöffnet, sagte Robbers unserer Redaktion.

Vor einigen Tagen war bekannt geworden, dass die saarländische Staatsanwaltschaft Asservate aus dem Besitz Edmund Dillingers zur Verbrennung freigegeben hatte. Zu dem verbrannten Material gehörten nach offiziellen Angaben rund 6850

Dias, 44 Videokassetten, 510 Negativ-Streifen, fünf Fotoapparate und 43 Jahresterminkalender des Priesters. Die von Dillingers Laptop, Handy und Datenträgern gewonnenen Daten lägen alle noch vor, hieß es.

Der Chef der Aufarbeitungskommission sagt, die Kommission erwarte nun eine „gute, offene Zusammenarbeit mit den saarländischen Behörden bei der Rekonstruktion des Beweismaterials“, soweit dies noch möglich sei. Es sei unverständlich, warum über das Gesuch der mit der Aufklärung betrauten Experten nicht vor der Vernichtung des Materials entschieden worden sei.

Ähnlich wie Robbers hatte sich bereits in der vergangenen Woche auch Dillinger-Chef-Aufklärer Jürgen Brauer geäußert. Der ehemalige Generalstaatsanwalt kritisierte, dass sein bereits am 20. Juni in Saarbrücken gestellter Antrag auf Akteneinsicht nicht beantwortet worden sei. Am Donnerstagabend sei ihm dann mitgeteilt worden, dass über sein Akteneinsichtgesuch „zeitnah“ entschieden werde. „Ich kann es nicht nachvollziehen“, lautete Brauers Resümee.

Jürgen Brauer und sein Co-Aufklärer Ingo Hromada wollen trotz der Rückschläge Ende August, Anfang September einen ersten Zwischenbericht über ihre Recherchen im Fall Edmund Dillinger vorlegen. Allzu viel dürfte da noch nicht zu erwarten sein.

Etwas einen Monat später will dann die vor zwei Jahren gestartete Unabhängige Aufarbeitungskommission ihren jährlichen Zwischenbericht über Missbrauch im Bistum Trier vorlegen. Der Fall Dillinger dürfte dabei aber allenfalls eine untergeordnete Rolle spielen.

Die Corona-Bilanz im Land: So wirksam waren die Maßnahmen

Verstärkte Hygiene und Kontaktreduzierung sollten die Ausbreitung von Corona eindämmen. Nun liegt eine Bilanz vor, wie sich die Maßnahmen auf das Infektionsgeschehen in Rheinland-Pfalz ausgewirkt haben.

VON BERND WIENTJES

MAINZ/TRIER Die Corona-Maßnahmen wie Hygiene und reduzierte Kontakte hatten unmittelbare Auswirkungen auf die Übertragung anderer Infektionskrankheiten. Das zeigt die aktuelle Infektionsbilanz des Landesuntersuchungsamtes (LuA), die am Montag vorgelegt wurde. Vor allem zu Beginn der Pandemie 2020 und 2021 sei es zu einem „eindrucksvollen Rückgang“ vieler Infektionskrankheiten gekommen. Nach der Lockerung der Maßnahmen seien die Erreger nach und nach wieder zurückgekehrt.

Corona-Maßnahmen verringerten Zahl anderer Infektionskrankheiten So seien durch die Corona-Maßnahmen viele Atemwegsinfektionen eingedämmt worden, wie etwa die Virusgrippe: Während es vor der Pandemie in Rheinland-Pfalz regelmäßig mehrere Tausend Influenzafälle gegeben habe, sei deren Zahl 2021 auf gerade einmal 72 abgesunken. Nach dem Wegfall fast aller Corona-Maßnahmen im Jahr 2022 habe es 10.543 Fälle gegeben.

Einen ähnlichen Effekt sei auch bei viralen Durchfallerkrankungen, die über Oberflächen, Hände und Lebensmittel übertragen werden, wie zum Beispiel Infektionen mit Noroviren, zu beobachten gewesen. 2019 hätten die Gesundheitsämter in Rheinland-Pfalz 4240 Fälle von Noroviren gemeldet, in den beiden Pandemiejahren 2020 und 2021 seien die Zahlen auf 1206 und 1225 gesunken. 2022 habe sich die Zahl der



Die zum Teil strengen Corona-Maßnahmen haben Auswirkungen auf das Infektionsgeschehen gehabt.

FOTO: DPA

Meldefälle dann auf 2480 verdoppelt. Auch bei Fällen der Legionärskrankheit oder Legionellose, einer schweren und teilweise tödlich verlaufenden Lungenentzündung, seien die Auswirkungen der Corona-Pandemie deutlich zu sehen gewesen. Im Jahr 2020 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 55 Fälle gemeldet – ein Rückgang von 26 Prozent im Vergleich zu 2019. Als Erklärung nennt das LuA, dass mit den Corona-Maßnahmen 2020 praktisch jegliche Reisetätigkeit zum Erliegen gekommen sei. 2021 waren wieder Reisen in größerem Umfang möglich. Die Zahl der Legionellose-Fälle in Rheinland-Pfalz stieg auf den Rekordwert von 91.

Die Legionärskrankheit wird durch Bakterien verursacht, die in Gewässern und im Grundwasser vorkommen. Die starke Zunahme der Fälle 2021 führt das LuA darauf zurück, dass wegen des Reisestopps stillgelegte Trinkwasseranlagen in Reiseunterkünften nach den Lockerungen wieder in Betrieb genommen

wurden und sich die Bakterien darin ausbreiten konnten.

Mehr als 200.000 Corona-Infektionen in der Region Insgesamt 1,4 Millionen Corona-Infektionen hat es im vergangenen Jahr in Rheinland-Pfalz gegeben – so viel wie in keinem anderen Jahr der Pandemie. Bis März dieses Jahres lag die Zahl aller, die sich mit dem Sars-CoV2-Virus im Land angesteckt haben, bei 1,7 Millionen. In der Region waren es laut LuA rund 209.000, die meisten davon in Trier-Saarburg mit rund 59.000 Infizierten in drei Jahren.

Seit März werden von dem Landesamt keine regelmäßigen Zahlen mehr zu Corona-Neuinfektionen veröffentlicht. Die Pandemie sei beherrschbar geworden, begründete der rheinland-pfälzische Gesundheitsminister Clemens Hoch (SPD), das Einstellen der Meldungen.

Ganz im Blindflug, was das Infektionsgeschehen angeht, befindet man sich seitdem aber nicht. Seit Dezember vergangenen Jahres wer-

den in einer sogenannten Surveillance wöchentlich Daten zum Corona-Infektionsgeschehen in einer repräsentativen Stichprobe erhoben. 14.000 Personen – je 2800 aus Mainz, Ludwigshafen, Kaiserslautern, Trier und Koblenz – sollten regelmäßig melden, ob sie sich positiv auf Corona getestet haben oder nicht.

Tatsächlich nehmen derzeit lediglich etwas mehr als 6.000 Personen an der Überwachung teil. Parallel dazu wird in einigen Kläranlagen das Abwasser auf die Virenlast untersucht. Rheinland-Pfalz sei das einzige Bundesland, das ein solch umfassendes und vielfältiges Datenmaterial zum Infektionsschutz sammelt und anonymisiert auswertet und veröffentlicht, teilte das Gesundheitsministerium im Januar mit.

Allerdings sind die regelmäßig veröffentlichten Inzidenzen, die anhand der Überwachung errechnet werden, mit Vorsicht zu genießen, da die Zahl der teilnehmenden Personen vergleichsweise niedrig ist – in Trier haben in der vergangenen Woche rund 1100 teilgenommen, sechs davon haben einen positiven Test gemeldet. Das LuA meldet aufgrund dieser Daten eine Zweiwochen-Inzidenz für Trier von 535.

Laut Robert-Koch-Institut liegt die Sieben-Tage-Inzidenz in Rheinland-Pfalz aber bei zwei Corona-Neuinfektionen auf 100.000 Einwohner. Die Diskrepanz zu der Studie lässt sich durch die geringe Teilnehmerzahl erklären.

Produktion dieser Seite:
Heribert Waschbüsch